

## Stellungnahme des Agrarausschusses der Niedersächsischen Landjugend e.V.

Hannover, 31.05.2022

### Auslaufende Gewinnglättung in der Landwirtschaft

Der fortschreitende Klimawandel sowie volatile Märkte sorgen in der landwirtschaftlichen Branche seit jeher für ein unstabiles Einkommen. Durch das zunehmende Auftreten von Dürreperioden und niederschlagsarmen Jahren nehmen Ernteaufschläge zu, wodurch nicht nur Ackerbaubetriebe, sondern aufgrund steigender Futtermittelpreise und -knappheit auch tierhaltende Betriebe unmittelbar betroffen sind.

Der dritte Betrachtungszeitraum für die Gewinn- bzw. Steuerglättung in der Landwirtschaft endet 2022. Durch die von Bundesregierung und Bundesrat 2016 auf den Weg gebrachte Initiative können bis dahin Einkommensschwankungen in der Landwirtschaft abgemildert und die Steuerlast für Landwirt\*innen gesenkt werden.

Bei der Gewinnglättung werden die landwirtschaftlichen Einkünfte über drei festgelegte Betrachtungszeiträume – 2014 bis 2016, 2017 bis 2019 und 2020 bis 2022 – jeweils über die drei Jahre gemittelt, um Einkommensschwankungen in einzelnen Jahren auszugleichen. Lars Ruschmeyer, Agrarausschussvorsprecher der Niedersächsischen Landjugend (NLJ) kritisiert: „Es ist schon länger bekannt, dass die Regelung zur Gewinnglättung 2022 auslaufen wird. Die politischen Weichen für den Erhalt der Regelung wurden allerdings bis jetzt nicht gestellt.“

Der Agrarausschuss der NLJ fordert daher von der Bundesregierung eine dauerhafte Verlängerung der Steuerglättung, um ein wichtiges Instrument als Risikoversorge für die enormen Einkommensschwankungen für Landwirt\*innen beizubehalten. Die heimische Landwirtschaft hat eine zentrale Bedeutung für die Lebensmittelversorgung in Deutschland, die nicht nur zu Zeiten der globalen Krise gestützt und sichergestellt werden muss. Erschwerte Wettbewerbsbedingungen, gestiegene Rohstoff- und Betriebsmittelpreise gefährden die Produktion in Deutschland. „Auch aufgrund des Klimawandels ist zu erwarten, dass die Einkommensschwankungen weiterhin bestehen bleiben“, so Agrarausschussvorsprecherin Luise Brinkmann.

